

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

12.4.1927 (No. 86)

Expedition:
 Karlsruher
 Straße Nr. 14
 Fernsprecher:
 Nr. 953
 und 954
 Postkonten:
 Karlsruhe
 Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
 für den
 redaktionellen
 Teil
 und den
 Staatsanzeiger:
 Chefredakteur
 E. K. M. e. h.
 Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiedereinstellung tarifmäßiger Rabatt, der als Kassensrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vertretung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandberegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

* Die Lage in China

Schon seit Jahren haben alle Politiker mit weltpolitischen Horizont richtig erkannt, daß die großen weltpolitischen Entscheidungen der Zukunft nicht in unserem alten, schon recht verfallenen Europa fallen werden, sondern in Asien, und zwar in Ostasien und Südasien. Wer China und Indien besitzen wird, der wird über die Erde herrschen; denn er wird die größten Reichtümer an Bodenschätzen sein eigen nennen.

Diese Auffassung ist später dahin ergänzt worden, daß wahrscheinlich auch der Besitz von Sibirien wirtschaftlich ungeheure Vorteile mit sich bringen wird. Jedenfalls hat sich gezeigt, daß auch Sibirien neben China zu den Gebieten der Erde zählt, die noch eine ganz gewaltige Menge ungehobener Schätze in ihrem Innern bergen. Bei dem Expansionsstreb, der heute die Wirkkraft aller Kulturvölker beseelt, ist ohne weiteres damit zu rechnen, daß man schon verhältnismäßig bald, d. h. schon in den nächsten Jahrzehnten, planmäßig daran gehen wird, jene an Bodenschätzen so reichen Gebiete zu explozieren.

Was Indien betrifft, so hält ja einstweilen England energisch die Hand auf dem Knopf. Daß ein Befreiungskampf der Inder Erfolg haben sollte, ist für die nächste Zeit wohl kaum zu erwarten; es müßte denn gerade sein, daß ein allumfassender asiatischer Befreiungskampf auch Indien befreit, ein Kampf, dessen Führung selbstverständlich Japan übernehmen würde. Allerdings würde Japan beim Gelingen einer solchen Erhebung der Erde Englands sein. Und das wissen die Festlandasiaten auch sehr genau. Deshalb haben sowohl Inder als auch Chinesen dem japanischen Panasiatismus bisher die kalte Schulter gezeigt.

Japan hat bekanntlich seinen Befreiungskampf schon seit Jahrzehnten hinter sich. Es war der russisch-japanische Krieg, der Japan als ebenbürtig in die Reihe der Großmächte der Erde stellte und etwaige Verhufe, Japan als Ausbeuteobjekt zu behandeln, ein für allemal beseitigte.

Sibirien ist zur Zeit fest in der Hand Sowjetrußlands. Allerdings könnte ein übermächtiges Japan oder ein wiedererstarktes China der russischen Position in Sibirien sehr gefährlich werden. Deshalb ist die Moskauer Politik bestrebt, diese Machtposition im nördlichen und östlichen Asien so stark, wie nur irgend möglich, auszubauen. Und entsprechend der Aktivität, die den Bolschewismus als Gesamterscheinung charakterisiert, hält es Moskau für seine Pflicht, aggressiv vorzugehen, sich in alle asiatischen Bänder einzumischen, sich überall festzusetzen, um in der Stunde der großen Auseinandersetzung recht stark zu sein.

Bei einer solchen Politik muß Moskau naturgemäß mit England zusammenstoßen. Die britischen Staatsmänner haben in ihren außenpolitischen Reden gar kein Hehl daraus gemacht, daß weltpolitisch gesehen, Rußland der Feind für England ist. Die russischen Staatsmänner wiederum haben — so noch in den letzten Tagen Nowow — umgekehrt das Gleiche behauptet: sie haben sich nicht scheut, vor aller Welt zu erklären, daß alle gegen Rußland gerichteten Umtriebe in China, so auch die polizeilichen Untersuchungen in den Nebengebäuden der russischen Botschaft in Peking, auf England zurückzuführen seien. Und wenn jetzt die Moskauer Regierung in einer nach Peking gerichteten Note Genugtuung verlangt, so enthält doch auch diese Note die Peking gewissermaßen entschuldigende, England aber offen anklagende Bemerkung, daß es der „Imperialismus anderer“ gewesen sei, den man für die Gewalttätigkeit im russischen Botschaftsgebäude verantwortlich zu machen habe.

Von den europäischen Mächten werden also Rußland und England die beiden Hauptspieler in China sein. Erst in zweiter Linie werden Japan und Amerika auf den Plan treten. Der japanischen Politik ist jedoch nie ganz zu trauen: es ist durchaus möglich, daß sie in einem ihr richtig erscheinenden Moment entscheidend in die Entwicklung eingreift.

Daneben gibt es die einheimischen Gegenspieler: die nordchinesische Regierung in Peking und die südchinesische Regierung in Kanton. Peking lehnt sich mehr an England an, Kanton an Rußland. Wie gemeldet wird, haben die Südtruppen in den letzten Tagen einige recht empfindliche Niederlagen erlitten, so daß sie den Rückzug antreten mußten.

Das Geschick Chinas hängt schließlich von der Einigung des Landes ab. An sich sind wohl heisse Regierungen in China, die südliche und die nördliche, von dem Wunsche beseelt, die Bodenschätze Chinas der einheimischen Bevölkerung zu reservieren und sich die Weisheit vom Leibe zu halten. Solange aber der Norden und der Süden gegeneinander kämpfen, wird das Programm „China den Chinesen!“ kaum zu verwirklichen sein.

Inzwischen landen die fremden Mächte immer mehr Truppen in China — sogar Amerika hat jetzt schon zehntausend Mann in China eingekesselt — und es wird den Befreiungskampf Chinas, mag er nun vom Süden oder vom Norden geführt werden, sicherlich nicht erleichtern, wenn die fremden Großmächte mit größeren Truppenkontingenten im Herzen oder an den wichtigsten Punkten Chinas sitzen. Einstweilen hängt jedenfalls alles von der Frage ab, wer in dem inneren Kampfe um die Macht siegen wird, Kanton oder Peking.

Niederlagen der Kantontruppen

Nach Meldungen aus verschiedenen Quellen haben die Kantontruppen nördlich des Hangtschiang Misserfolge erlitten. Wie englische Blätter berichten, treiben Truppen Eschwangtschangs die Kantontruppen auf Nanking zurück. Die Einnahme Putaus werde jeden Augenblick erwartet. Schwere Kämpfe fanden im Tsungtschau-Sektor statt, wo sich die Kantontruppen, wie gemeldet wird, auf den allgemeinen Rückzug über den Fluß vorbereiteten. Privatden Meldungen zufolge sollen die Nordtruppen auch rasche Fortschritte in Richtung Hankau machen und jetzt 30 Meilen von Hankau stehen.

Japanische Meldungen aus der Mandchurie berichten über die Zusammenziehung großer russischer und chinesischer Kontingente an der sibirischen Grenze.

Die Note der Mächte

Die im Namen Amerikas, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Japans dem Minister des Auswärtigen der Kantonregierung, Tschun, überreichte Note wegen der Vorfälle in Nanking vom 24. März verlangt: 1. Angemessene Bestrafung der Gruppenkommandeure, ebenso aller mitterwideller Personen, 2. eine schriftliche Entschuldigung des Oberbefehlshabers des nationalitistischen Heeres, einschließlich einer ausdrücklichen schriftlichen Verpflichtung, sich jeder Form der Gewalt und Agitation gegen Leben und Eigentum von Ausländern zu enthalten, 3. vollständige Wiedergutmachung für persönliche Verletzungen und angegriffenen Materialschaden. Wenn die nationalitistischen Behörden, heißt es dann weiter, nicht zur Zufriedenheit der interessierten Regierungen ihre Absicht kund geben, diesen Bedingungen prompt nachzukommen, werden sich die erwähnten Regierungen gezwungen sehen, die Maßnahmen zu ergreifen, die sie für angemessen erachten.

China und Rußland

Nach russischen Meldungen hat der Kantonaußenminister Tschun ein Telegramm nach Moskau geschickt, worin das tiefe Bedauern der Nationalitistischen Regierung anlässlich des Peking-Uberfalles ausgesprochen und erklärt wird, daß die Nationalitistische Regierung gegen die von Eschwangtschin der Souveränität und der Würde der Sowjetunion zugesetzte Verletzung strenge Maßnahmen ergreifen werde. In dem Antworttelegramm erklärt Karaschin, die Sowjetregierung habe nicht gemeldet, daß die von der Peking Polizei verübte Gewalttat die Entrüstung der Nationalitistischen Regierung erzeuge werde.

Aus Peking wird gemeldet, Tschangtschin erkläre, daß aus Dokumenten, die bei der Durchsuchung des Peking-Sowjetgebäudes gefunden wurden, hervorgehe, daß der Sowjetkonzul in Peking das Haupt der Geheimagenten in Nordchina sei. Es werde erwartet, daß Tschangtschin alle Sowjetbeamten, seien es Konsulats- oder andere Beamten, entlassen und wahrscheinlich auch die notwendige Kontrolle der chinesischen Ostbahnen übernehmen werde. Die bei der letzten Invasion in russischen Botschaftsgebäude festgenommenen Russen sind freigelassen worden. Der Stab der russischen Botschaft fährt am Samstag nach Rußland ab.

Ein Niesenbanderolenschwindel. Die Behörden sind zur Zeit mit der Aufklärung eines großen Postbetrugs beschäftigt. Im Herbst v. J. ist ganz Deutschland mit gefälschten Bänderolen überschwemmt worden. Es sind zahllose Verhaftungen erfolgt; allein in Hamburg wurden 20 Personen festgenommen. In die Angelegenheit sind Inhaber namhafter Zigarrenfabriken verwickelt. Es sollen für mehr als 60 Millionen RM. unverschnittene Zigaretten, teilweise mit gefälschter Firmenmarke in den Handel gelangt sein. Unter den 15 in Berlin Verhafteten befindet sich auch der Inhaber der nicht unbekannt Zigarettenfabrik Desnoli, der Kaufmann Jungemann. Die geheimnisvolle Fabrik für die Fälschung der Bänderolen konnte noch nicht ausfindig gemacht werden.

Polen und der Oberschlesien-Film. Die polnische Presse hat gemeldet, daß der polnische Gesandte in Berlin dem Auswärtigen Amte eine Protestnote wegen des Films „Land unterm Kreuz“ überreicht habe. Diese Darstellung ist wie in Berlin erklärt wird — unzutreffend. Eine Protestnote ist nicht überreicht worden. Dagegen hat der polnische Gesandte gelegentlich auf die nach seiner Ansicht möglichen Wirkungen des Filmes hingewiesen.

Das englische Budget

Neue Steuern

Im englischen Unterhaus hielt am Montag Finanzminister Churchill seine Budgetrede.

Man stehe heute im Schatten der Katastrophen des letzten Jahres. Churchill gab zahlenmäßig die Verluste an, die der Generalstreik und der siebenmonatige Kohlenstreik verursacht haben. Der allgemeine Verlust infolge der beiden Streiks belief sich 1926 auf 32 Millionen Pfund Sterling. Dies sei der Hauptgrund für das Defizit von 36 1/2 Millionen Pfund Sterling. Im Jahre 1927 sei ein weiterer ernster Verlust zu erwarten, der auf nicht weniger als 18 Millionen Pfund Sterling veranschlagt werde, wozu 1926/27 noch nahezu 9 Millionen Pfund Sterling kommen würden. Dies seien die direkten Verluste. Trotzdem hat England seine Stellung als großes Kreditland und als finanzieller Mittelpunkt der Welt aufrecht erhalten. Der gesamte Voranschlag an Ausgaben für 1927 beträgt 818 800 000 Pfund Sterling. Churchill setzte auseinander, daß die Erhöhungen teils auf die Entscheidungen früherer Parlamente, teils auf die Bildung volkswirtschaftlicher Kräfte und teils auf soziale Maßnahmen in der Altersversicherung zurückzuführen seien. Er errechnete 337 Millionen an Mehrausgaben und wandte sich dann Anregungen zu, die gemacht wurden, um eine Verminderung der Ausgaben um 50 Millionen Pfund zu erreichen. Die Ausgaben für Rüstungszwecke um 10—15 Millionen Pfund zu vermindern, würde wahrscheinlich eine Panik herbeiführen. In gleicher Weise könnten Herabsetzungen der Ausgaben für Unterricht, Gesundheitspflege usw. von einer verantwortlichen Regierung nicht ins Auge gefaßt werden. Die Frage einer Verminderung der seit dem Kriege neu geschaffenen Regierungsdienste sei dem Kabinett erwogen worden.

Churchill kam auch auf die Frage der Schulden zu sprechen und sagte, daß am 31. März d. J. die Nominalschulden 7 554 750 000 Pfund Sterling verglichen mit 7 558 500 000 vor einem Jahre betragen. Die äußere Schuld sei um etwa 9 Millionen Pfund Sterling bis zu einem Betrage von 1 101 500 000 Pfund herabgesetzt worden. Die wichtigste und nahezu einzige Schuld sei die Schuld an die Vereinigten Staaten in Höhe von 4 1/2 Milliarden Dollar. An Zinsen und Kapitalen seien in den letzten 5 Jahren ungefähr 162 Millionen Pfund zurückbezahlt worden. Dem standen die Reparationsforderungen an Deutschland und die Schuldenforderungen an die alliierten Mächte gegenüber. Die Lage habe sich in dieser Beziehung seit Aufstellung des Dawesplans zweifellos gebessert. Die Reparationseinnünfte aus Deutschland hätten im letzten Finanzjahre betragen: 1925/26 6 1/2 Millionen Pfund Sterling, 1926/27 9 1/2 Millionen Pfund Sterling und im gegenwärtigen Finanzjahre müßten sie 14 1/2 Mill. Pfund Sterling betragen. Den jährlichen Schuldentilgungen an Amerika in Höhe von 33 Millionen Pfund Sterling stehen Einnahmen aus Deutschland und Zahlungen aus alliierten Ländern von 8 1/2 Millionen im Jahre 1926, 17 1/2 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1926, 25 Millionen im kommenden Finanzjahre gegenüber. Der Unterschied zwischen den Zahlungen an Amerika und den Einnahmen aus Deutschland und den alliierten Zahlungen beträgt also bisher 110 Millionen Pfund Sterling, die von den britischen Steuerzahlern getragen werden müssen. Churchill hob die Wichtigkeit hervor, die das öffentliche Vertrauen für den Kredit Großbritanniens habe, und sagte, er fühle sich verpflichtet, wenigstens einen Teil des durch den Kohlenstreik angegriffenen Schadens wieder gut zu machen. Hierauf gab er eine Übersicht über die Art und Weise, in der er neue Einnahmequellen in Höhe von 35—40 Millionen Pfund Sterling zu erschließen gedenkt.

An neuen Maßnahmen werden eingeführt eine Importsteuer auf Autoreifen in Höhe von 33,5 Proz. Autoreifen, die aus den Dominionen kommen, genießen ein Drittel Steuererabatt. Ferner führt Churchill eine gewisse Filmsteuer ein, die ebenfalls ab heute erhoben werden soll. 20 Proz. sollen in Zukunft auf importierte Streifenbilder gelegt werden. Wein und Spirituosen sollen sowohl im Import als auch im Verbrauch mit einer Steuer belegt werden. Eine Tabaksteuer auf eingeführte und verarbeitete Tabake in Höhe von 9 Pence pro Pfund wird eingeführt. Die Steuer wird gleichfalls ab heute erhoben.

Personalveränderungen im Reichsministerium des Innern.

Der Staatssekretär Schulz und Ministerialdirektor Dr. Bredt vom Reichsministerium des Innern sind einstweilen in den Ruhestand versetzt worden. Der Ministerialrat Bellenberg im Reichsministerium des Innern und der preussische Oberverwaltungsgerichtsrat von Rameke sind zu Ministerialdirektoren im Reichsministerium des Innern ernannt worden. Bellenberg wird die Leitung der Kulturbteilung, Rameke die Leitung der Verfassungsabteilung übernehmen. Das Reichskabinett hat den Personalveränderungen zugestimmt. — Schulz ist sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, auch Bredt steht der sozialdemokratischen Partei nahe. Bellenberg gehört dem Zentrum an, Rameke ist rechtsgerichtet.

Konstituierung der Vergleichskommissionen aus den Loarnofriedsverträgen. In den Loarnofriedsverträgen mit Belgien, Frankreich, Polen und der Tschechoslowakei vom 16. Oktober 1925 ist bekanntlich für die gültige Beilegung von Streitfällen die Bildung ständiger Vergleichskommissionen vorgesehen. Diese Kommissionen bestehen aus je fünf Mitgliedern, von denen je eins von den beiden beteiligten Regierungen ernannt wird, während die drei übrigen, darunter der Vorsitzende, von den beiden Regierungen gemeinsam berufen werden. Die Kommissionen sind nunmehr konstituiert worden. Als deutsches Mitglied für jede dieser Kommissionen ist Staatssekretär z. D. Dr. Ernst v. Simons bestimmt worden.

Mit der Beilage: 21. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Politische Neuigkeiten

Der Reichspräsident an Dr. Köhler

Reichspräsident v. Hindenburg hat an den Reichsfinanzminister Dr. Köhler folgendes Telegramm gerichtet:

„Die Verabschiedung des Gesetzes über den vorläufigen Finanzausgleich und der damit in Verbindung stehenden Vorlage sowie die Beendigung der dritten Lesung des Reichshaushaltes für 1927 gibt mir Veranlassung der mühevollen Arbeit zu gedenken, die für Sie, Herr Reichsminister, mit der Beratung und der Verabschiedung dieser Gesetze verbunden war. Es ist in erster Linie Ihrer hingebenden Arbeit und Ihrem Verhandlungsgeschick zu verdanken, daß diese für das finanzielle Verhältnis des Reiches zu den Ländern und für die geordnete Finanzverwaltung Deutschlands so wichtigen Vorlagen rechtzeitig zustande gekommen sind. Ihnen hierfür namens des Reiches herzlichsten Dank und aufrichtige Anerkennung auszusprechen, ist mir lebhaftes Bedürfnis. Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr ergebener (gez.) von Hindenburg.“

Das Urteil im Klauener Prozeß

Im Klauener Prozeß gegen den Rechtsanwalt Dr. Müller wegen Verleumdung des Reichsaussenministers Dr. Stresemann, wurde Montag Nachmittag das Urteil verkündet. Dr. Müller wird wegen öffentlicher Verleumdung zu 10.000 M. Geldstrafe, im Falle der Uneinbringlichkeit zu 100 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Kosten des Verfahrens trägt der Angeklagte, der auch die dem Nebenkläger erwachsenen notwendigen Auslagen zu erstatten hat. Dr. Stresemann wird das Recht zugesprochen, das Urteil auf Kosten des Angeklagten in einer Reihe von Zeitungen zu veröffentlichen.

In der mündlichen Urteilsbegründung erklärte der Vorsitzende: Der Angeklagte hat ganz klar die Beschuldigung ausgesprochen, die Exporator habe 1920 zur Zeit des obersten Aufstandes Kriegsmaterial an das damals feindliche Polen verschoben, und Dr. Stresemann habe in das deswegen angestrebte Strafverfahren zugunsten der Gesellschaft und ihres Chefs Litwin eingegriffen. Das bedeutet, daß Dr. Stresemann von einer landesverräterischen Handlung Kenntnis gehabt und mit seinem Einfluß die Landesverräter gedeckt habe. Daß die Exporator irgendeine Materiallieferung nach Polen hat gehen lassen, ist in keiner Weise bewiesen, geschweige denn einer Sendung, bei der es sich um Kriegsmaterial handelte. Es ist nicht der geringste Verdacht in dieser Hinsicht bestehen geblieben. Der Beweis für einen Schieberkongern, an dem die Exporator beteiligt war, ist in keiner Weise geführt worden. Es bleibt nur der Fall der 29 Waggons, der ergeben hat, daß die Umschreibung der schriftlichen Umtauschgenehmigung nicht eingeholt worden ist. Daß es sich in vorliegenden Falle um die Verwendung von Kriegsmaterial gehandelt hat, ist nicht erwiesen. Die Exporator ist von jedem Verdacht in dieser Beziehung frei. Die fehlende schriftliche Ausfuhrerlaubnis hat dann zu einem Strafverfahren gegen Litwin geführt. In dieser Verletzung der Ausführungsbestimmungen kann man in keiner Weise eine Korruptionserscheinung sehen. Litwin trat dann in einem Briefe an Dr. Stresemann heran, um ihn zu erweichen, um die Aufhebung der Beschlagnahme beim Reichswirtschaftsminister vorstellig zu werden. Der Brief Dr. Stresemanns an den Reichswirtschaftsminister, der die zuständige Stelle war, bedeutet nicht einen Eingriff in ein Verfahren. Der Schritt ist nicht hinter den Kulissen, sondern vor den Kulissen geschehen. Das Schreiben ist im ordnungsmäßigen Geschäftsgang erledigt worden. Die Tatsache des Eingreifens für die Exporator konnte durch Dr. Stresemann, der im Aufsichtsrat war, in keiner Weise verwertet werden. Man hat keinen Grund, wegen dieses Schrittes von Korruption zu sprechen. Im Strafverfahren wegen des Ausfuhrvergehens ist Dr. Stresemann nicht tätig geworden. Das Beschlagnahmeverfahren ist alles andere, als ein Strafverfahren. Was das Strafmaß betrifft, so kommt Strafverschärfung in erster Linie die Frage, daß es nicht gleichgültig ist, wer der Verleumdete ist. Aber der Angeklagte hat nicht aus niederen Motiven gehandelt. Er hat an die Wahrheit seiner Behauptungen fest geglaubt. Dies hat das Gericht davon abgehalten, eine Freiheitsstrafe auszusprechen.

Zu dem Urteil heißt es in der „Deutsch. Allg. Ztg.“: Mit dem Klauener Prozeß hat man sich ebenso blamiert, wie vor einem Jahre mit dem damals eingeleiteten Kampf gegen die Regierung. Seit Jahren wird gegen den jetzigen Reichsaussenminister von jener Clique, die eingeschoben hat, daß sie im reinlichen politischen Meinungskampf nicht gewappnet ist, ein Feldzug der Verleumdung und Verhöhnung geführt, der auch vor seiner Familie nicht Halt macht. Die auf dem Gedanken aufgebaute Methode „Es bleibt immer etwas hängen“, muß aus der deutschen Politik verschwinden. — Nach der „Voss. Ztg.“ ist das Klauener Schöffengericht gewissermaßen bei der Feststellung gelangt, daß gar keine Munition nach Polen verhandelt wurde und kein Schieberkongern im Waffenhandel bestand, daß dafür aber heute noch ein um so ausgedehnter Schieberkongern in Kettenhandel gestohlener Munition besteht, dessen Hauptstütze sich in der Hauptgeschäftsstelle der „Deutschnationalen Partei“ befindet.

Wie verlautet, wird Dr. Müller Berufung einlegen. Der Staatsanwalt und der Nebenkläger haben sich ihre Entscheidung vorbehalten.

Loucheur über die deutsch-französische Zusammenarbeit

Loucheur, der Montag Abend Berlin verlassen hat, äußerte sich bei seiner Abreise zu einem Mitarbeiter der „Voss. Ztg.“, er habe in Berlin erneut den Eindruck gewonnen, daß die Politik von Locarno und Thoiry Fortschritte mache. Die praktischen Erfolge seien nur eine Frage der Geduld, die auf beiden Seiten notwendig sei. Die Stimmung in breiten Kreisen des französischen Volkes gehe heute mehr als früher dahin, die Versöhnung mit Deutschland herbeigeführt zu wissen. Aber die Frage der Räumung der besetzten Gebiete äußerte Loucheur: Ich möchte mich nicht in Angelegenheiten, die Sache der verantwortlichen französischen Persönlichkeiten, Poincaré und Briand, ist. Zudem verfolgte meine Reise nach Berlin lediglich wirtschaftliche Zwecke. Sie sollte der Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz dienen, und ich glaube, daß sie nach dieser Richtung gute Früchte getragen hat. Man muß gewisse Methoden der Handelsvertragsverhandlungen und der Handelsvertragsinhalt einander angleichen und aufeinander abstimmen. Ich bin sicher, daß gerade, was das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich betrifft, sich in jeder Hinsicht weitgehende Übereinstimmung erzielen lassen wird. Das Ergebnis der bevorstehenden Konferenz wird die Welt von dem guten Willen auf französischer und deutscher Seite überzeugen, auf wirtschaftlichem Gebiet miteinander zu arbeiten. Diese französisch-deutsche Übereinstimmung in wichtigen Fragen wird sich niemals gegen andere Nationen richten, sondern im Gegenteil die Vorbedingung dafür sein, daß auf breiter Basis eine europäische Wirtschaftsvereinbarung zustande kommen kann.

Besserung im Befinden des Königs von Rumänien. Da die Besserung im Befinden des Königs anhält, werden die Ärzte von jetzt ab keine Bulletins mehr ausgeben.

Die Genfer Abrüstungsverhandlungen

Nach übereinstimmenden Meldungen haben die Genfer Verhandlungen der vorbereitenden Abrüstungskommission bisher nicht zum Ziele geführt, wenn auch nicht gesagt werden darf, daß sie gescheitert sind. Die Verhandlungen werden nach Mitteilungen von Lord Robert Cecil an die Presse wahrscheinlich vor Ostern verlagert und erst im Juni oder im November wiederaufgenommen werden. Dazu ist noch zu bemerken, daß am 20. Juni hier die vom Präsidenten Coolidge einberufene Dreier-Konferenz von Japan, England und den Vereinigten Staaten beginnt, deren Dauer man auf fünf bis sechs Wochen veranschlagt.

Im Kolmarer Prozeß

Stellte am Montag der Verteidiger Delsens die Frage, weshalb das frühere Motto, das die Revue Gaeghs „Heimat trug und das lautete: „Die Liebe zum kleinen Vaterlande hindert nicht die Liebe zum großen!“ (ein Ausspruch Millerrands), im Jahre 1927 von der Umschlagseite der Revue verschwinden sei, worauf der Zeuge, Abg. Sala, sagte, da Abbe Gaeghs gesehen habe, wie die deutsche Sprache unterdrückt wurde, habe er aus seiner Revue eben alles Französische gestrichelt. — Der Rechtsanwalt Gaeghs selbst erklärte, daß das Motto verschwinden sei, um der Revue den Schein zu nehmen, als sei sie ein Kalender, und um durch das Weglassen des Mottos vielmehr sie als Zeitschrift zu kennzeichnen. In der weiteren Zeugenvernehmung erklärte der Geschäftsführer der „Pant Girardot & Co. in Straßburg, von dem die „Action française“ behauptete, daß er für die Autonomie der Elbsaale bzw. Elbsaalvermittler sei, daß er sich von seinem Associe, seinem Schwager Fint, getrennt habe, weil dieser Politik treiben wolle, während er selbst nur Geschäftsmann sei. Zeuge Girardot erklärte hierauf unter Eid, daß er niemals Geld zur Unterstützung der autonomistischen Bewegung, insbesondere aus Deutschland, erhalten habe.

Beginn des Prozesses Janiboni

In Rom begann am Montag vor dem Sondergerichtshof zum Schutze des Staates unter dem Vorsitz des Generals Fretti der Prozeß gegen Janiboni, Capello und fünf andere Angeklagte wegen des im November 1925 gegen Mussolini geplanten Attentats.

General Capello, der zunächst vernommen wurde, erklärte, sein ganzes Leben stehe im Widerspruch zu der gegen ihn erhobenen Anklage. Niemals habe er daran gedacht, einen militärischen Plan zu organisieren, um eine Aktion gegen den Faschismus zu unternehmen. Er erklärte, Freimaurer gewesen zu sein, aber keine Beziehungen zu italienischen Flüchtlingen im Auslande gehabt zu haben. Von den Attentatsplänen Janibonis gegen Mussolini habe er nichts gewußt. Er habe Janiboni als einen überspannten Menschen gekannt. — Sodann begann das Verhör Janibonis, der erklärte, es sei seine Pflicht gewesen, den Führer des Faschismus am 4. November 1925 zu befechtigen. Ich erkläre auch, führte Janiboni weiter aus, daß, wenn mich die Polizei statt um 1/10 um 1/1 Uhr gefunden hätte, ich mein Vorhaben zweifellos ausgeführt haben würde. Sodann gab der Angeklagte die Gründe für seine Gegnerschaft gegen den Faschismus an und äußerte sich dabei in so polemischer Form, daß ihn der Vorsitzende scharf rügte.

Zu dem überall auf den russischen Konsul in Königsberg, Kantor, wird gemeldet, daß der Täter Vechel gefänglich ist. Vechel, der lange Zeit in Russland gelebt hat und der der russischen Sprache mächtig ist, erklärte, er habe, als er den Konsul mit mehreren Personen zusammensah, gehört, wie dieser sich über russische Bücher und Schriften abfällig äußerte. Er sei dabei so gereizt worden, daß er sich nicht mehr hätte halten können und blindlings auf den Konsul eingeschlagen hätte. — Die Reichsregierung ließ dem Sowjetbotschafter in Berlin das Bedauern über den Königsberger Vorfall ausprechen.

Der gesellschaftliche Boykott im neuen St.G.O. Auf Antrag Preußens hatten bereits die Ausschüsse des Reichsrats in den Entwurf des neuen Strafgesetzbuches eine Bestimmung aufgenommen, wonach der wirtschaftliche Boykott unter Strafe gestellt werden sollte. Auf Grund eines weiteren Antrags Preußens soll nunmehr auch der gesellschaftliche Boykott als strafbare Handlung gelten. In der vom Plenum des Reichsrats gebilligten Formulierung soll der betreffende Paragraph nunmehr lauten: „Wer einen anderen in wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Verkehr erklärt, weil er nicht oder in einem bestimmten Sinne gewählt oder gestimmt hat, wird mit Gefängnis bestraft.“

Kurze Nachrichten

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius wird sich, wie den Blättern mitgeteilt wird, am 19. April nach Mailand zur Besichtigung der dortigen Wurmerrasse begeben.

Reise Dr. Edders nach Amerika. Dr. Hugo Edder wird in der nächsten Zeit in Geschäften der Goodyear-Zeppelin Corporation eine Reise nach Nordamerika antreten. Er wird voraussichtlich von dort aus auch Südamerika aufsuchen, um die Frage des spanisch-ladamerikanischen Luftschiffahrtendienstes in Verbindung mit einer spanischen Kommission an Ort und Stelle vollends zum Abschluß zu bringen.

Die Lohnverhandlungen mit den Reichsarbeitern. Die Lohnverhandlungen, die am Montag im Reichsfinanzministerium zu Berlin begonnen haben, haben bisher zu keinem Ergebnis geführt und werden am Donnerstag, den 14. d. Mts. fortgesetzt werden.

Zum Fall Delius. Wie die Blätter erfahren, ist es nicht zutreffend, daß der deutsche Journalist Delius in Italien in ein Verfahren wegen Landesverrats verwickelt worden ist. Delius habe sich vielmehr bereits am 8. oder 9. April nach Deutschland begeben und dürfe daher bereits in Deutschland sein.

Erneuter deutscher Wahlsieg in Polnisch-Oberschlesien. Die am Sonntag erneut vorgenommenen Gemeindevahlen in Anzrew (Kreis Rybnik) ergaben für die Deutsche Katholische Volkspartei 1472 und für die polnischen Parteien 1413 Stimmen. Die deutschen Parteien haben acht und die polnischen sieben Mandate errungen.

Verschärfung des Arbeitskampfes in Norwegen. Der norwegische Arbeitgeberverein beschloß die Sympathieausperrung für eine Reihe bisher vom Arbeitskampf nicht berührte Industrien. Insgesamt werden hiervon 15.000 Arbeiter betroffen. Die Aussperrung erfolgt mit der üblichen 14-tägigen Frist.

Grenzen gewerkschaftlicher Betätigung in den Vereinigten Staaten. Der höchste Gerichtshof in Washington hat entschieden, daß gewerkschaftliche Vereinigungen und deren Mitglieder durch Einhaltsbefehle zur Einstellung der gewerkschaftlichen Tätigkeit gezwungen werden können, falls diese den zwischenstaatlichen Handel gefährden. Die Entscheidung erfolgte auf die Berufung von 24 Sandsteinunternehmen in Indiana hin, die sich durch Streikbefehle des Nationalverbandes der Steinmetzen benachteiligt fühlten.

Badischer Teil

Organisation der Arbeitsgerichtsbehörden in Baden

Wie wir von zuständiger Seite erfahren, sollen in Baden 6 Landesarbeitsgerichte bei den Landgerichten Mosbach, Mannheim, Karlsruhe, Offenburg, Freiburg und Konstanz und 28 Arbeitsgerichte in Tauberbischofsheim, Buchen, Mosbach, Heidelberg, Sinsheim, Mannheim, Bruchsal, Karlsruhe, Pforzheim, Raftatt, Baden, Offenburg, Lahr, Wolfach, Freiburg, Lörrach, Neustadt, Waldshut, Willingen, Donaueschingen, Stodach, Radolfzell und Konstanz errichtet werden.

Es werden zugeteilt:

dem Landesarbeitsgericht Mosbach die Arbeitsgerichte Tauberbischofsheim, Buchen und Mosbach,
dem Landesarbeitsgericht Mannheim die Arbeitsgerichte Heidelberg, Sinsheim und Mannheim,
dem Landesarbeitsgericht Karlsruhe die Arbeitsgerichte Bruchsal, Karlsruhe, Pforzheim, Raftatt und Baden,
dem Landesarbeitsgericht Offenburg die Arbeitsgerichte Offenburg, Lahr und Wolfach,
dem Landesarbeitsgericht Freiburg die Arbeitsgerichte Freiburg, Lörrach und Neustadt,
dem Landesarbeitsgericht Konstanz die Arbeitsgerichte Waldshut, Willingen, Donaueschingen, Stodach, Radolfzell und Konstanz.

Es sollen umfassen:

1. der Arbeitsgerichtsbezirk Tauberbischofsheim die Amtsgerichtsbezirke Wertheim, Tauberbischofsheim und Bozberg,
2. der Arbeitsgerichtsbezirk Buchen den Amtsgerichtsbezirk Buchen,
3. der Arbeitsgerichtsbezirk Mosbach die Amtsgerichtsbezirke Mosbach, Nedarfshofshausen, Adelsheim und Gersbach,
4. der Arbeitsgerichtsbezirk Heidelberg die Amtsgerichtsbezirke Heidelberg und Wiesloch,
5. der Arbeitsgerichtsbezirk Sinsheim die Amtsgerichtsbezirke Sinsheim und Eppingen,
6. der Arbeitsgerichtsbezirk Mannheim die Amtsgerichtsbezirke Mannheim, Weinheim und Schwetzingen,
7. der Arbeitsgerichtsbezirk Bruchsal die Amtsgerichtsbezirke Bruchsal, Bretten und Philippsburg,
8. der Arbeitsgerichtsbezirk Karlsruhe die Amtsgerichtsbezirke Karlsruhe, Durlach und Ettlingen,
9. der Arbeitsgerichtsbezirk Pforzheim den Amtsgerichtsbezirk Pforzheim,
10. der Arbeitsgerichtsbezirk Raftatt die Amtsgerichtsbezirke Raftatt und Gernsbach,
11. der Arbeitsgerichtsbezirk Baden den Amtsgerichtsbezirk Baden,
12. der Arbeitsgerichtsbezirk Offenburg die Amtsgerichtsbezirke Offenburg, Wühl, Oberkirch, Achern, Gengenbach und Nehl,
13. der Arbeitsgerichtsbezirk Lahr die Amtsgerichtsbezirke Lahr, Ettenheim und Neuzingen,
14. der Arbeitsgerichtsbezirk Wolfach die Amtsgerichtsbezirke Wolfach und Triberg,
15. der Arbeitsgerichtsbezirk Freiburg die Amtsgerichtsbezirke Freiburg, Emmendingen, Breisach, Müllheim, Staufen und Waldkirch,
16. der Arbeitsgerichtsbezirk Lörrach die Amtsgerichtsbezirke Lörrach, Schopfheim, Schönau und vom Amtsgerichtsbezirk Säckingen die Gemeinden Rheinfelden, Olfingen, Karlsru, Nieder- und Oberschwarzwald,
17. der Arbeitsgerichtsbezirk Neustadt die Amtsgerichtsbezirke Neustadt, St. Blasien und Bonndorf,
18. der Arbeitsgerichtsbezirk Waldshut die Amtsgerichtsbezirke Waldshut und Säckingen, soweit nicht Lörrach zugeteilt,
19. der Arbeitsgerichtsbezirk Willingen den Amtsgerichtsbezirk Willingen,
20. der Arbeitsgerichtsbezirk Donaueschingen den Amtsgerichtsbezirk Donaueschingen,
21. der Arbeitsgerichtsbezirk Stodach die Amtsgerichtsbezirke Stodach, Neffelsbach und Pfullendorf,
22. der Arbeitsgerichtsbezirk Radolfzell die Amtsgerichtsbezirke Radolfzell und Engen,
23. der Arbeitsgerichtsbezirk Konstanz die Amtsgerichtsbezirke Konstanz und Überlingen.

In der Bezeichnung der der Reichsbahndirektion Karlsruhe unterstellten Geschäftsstellen

sind nachfolgende Änderungen eingetreten: Die bisherigen Betriebsinspektoren führen künftighin die Bezeichnung „Reichsbahn-Betriebsamt“, die Bahnbauinspektionen die Bezeichnung „Reichsbahn-Bauamt“, die Maschineninspektionen die Bezeichnung „Reichsbahn-Maschinenamt“ und die Eisenbahnausbesserungswerke die Bezeichnung „Reichsbahn-Ausbesserungswerk“. Die für die Leitung größerer Neubausausführungen vorübergehend eingerichteten Bauabteilungen, wie sie zur Zeit in Heidelberg und Oppenau bestehen, heißen künftighin „Reichsbahn-Neubauamt“.

Auf den Geschäftskreis dieser Stellen bleibt die Änderung der Bezeichnung ohne Einfluß. Den Reichsbahn-Betriebsämtern untersteht für ihren Bezirk der Betriebs- und Verkehrsdiens, den Reichsbahn-Bauämtern der Hoch- und Tiefbau und den Reichsbahn-Maschinenämtern der Maschinenbau.

Gleichzeitig mit der Änderung der Bezeichnung obiger Geschäftsstellen wurde bei den Ortsstellen die Bezeichnung Stationsamt in „Bahnhof“ und Güteramt in „Güterabfertigung“ geändert.

Warnung

Es besteht Veranlassung, vor dem Abschluß von Versicherungen mit der „Deutsche Gemeinnützige Fahrradversicherung“ (Degefabi), in Dos-Scheuern, zu warnen. Seitens der badischen Behörden ist diesem Unternehmen jede Ausübung von Werbe- und Propagandatätigkeit verboten worden, da es sich heute der Aufsicht der Reichsbehörden entzogen hat.

Stipendium für einen badischen Musiker

Aus der Max Ritter von Scheffel-Stiftung ist ein Reise- und Studienstipendium im Betrage von 500 M. an einen begabten badischen Musiker zu vergeben. Die Bewerbungen müssen unter Anschlag der erforderlichen Nachweise (Studien-, Reumunds- und Vermögenszeugnisse, Staatsangehörigkeitsausweis) binnen 4 Wochen beim Unterrichtsministerium eingereicht werden.

Von der Autostraße Hamburg-Frankfurt-Basel

Nachdem die Sapag Mitglied der Osttraba geworden ist und damit eine bejahende Stellung zu der Autostraße Hamburg-Frankfurt-Basel eingenommen hat, ist nun auch der Norddeutsche Lloyd Mitglied geworden. Das ursprüngliche Projekt der Autostraße Hamburg-Basel wird erweitert werden auf die Hansestädte Bremen und Lübeck über Hamburg hinaus, so daß die prominentesten Hafenstädte der Nord- und Ostsee direkten Anschluß an die Straße haben und auch gleichzeitig die Hansestädte untereinander mit einer Autostraße verbunden sind.

Zusammenarbeit von Handwerk und Berufsberatungstellen

R.A. Der Deutsche Handwerks- und Gewerbelammetag hat vor kurzem in einem Rundschreiben an die Deutschen Handwerks- und Gewerbelammetage und die Fachverbände im Reichsverband des deutschen Handwerks darauf hingewiesen, welche besonderen Vorteile dem Handwerk aus der engen Zusammenarbeit mit den amtlichen Berufsberatungstellen bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen erwachsen. Die örtlichen Organisationen von Industrie und Einzelhandel arbeiten bereits seit einiger Zeit sehr gut mit den Berufsberatungstellen zusammen. Für das Handwerk ist es von größter Bedeutung, daß es ebenfalls mehr noch als bisher bei der Einstellung des Personalnachwuchses die Hilfe der Berufsberatungstellen in Anspruch nimmt, da sonst die Gefahr besteht, daß die Industrie, die bemüht ist, sich erstklassigen Nachwuchs zu sichern, die besten Kräfte der Schulentlassenen an sich zieht. Eine Selbstverständlichkeit ist es, daß die Berufsberatungstellen auf die Wünsche des Handwerks hinsichtlich der Nachwuchszuführung in vollem Umfange eingehen. Soweit begründete Klagen gegen die Zusammenarbeit mit Berufsberatungstellen vorliegen, ist der Deutsche Handwerks- und Gewerbelammetag bereit, gegebenenfalls in weiteren Verhandlungen mit der Reichsarbeitsverwaltung für eine Abstellung der Mängel Sorge zu tragen.

Gesellschaftsfahrten auf der Eisenbahn werden billiger

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft will die Gesellschaftsfahrten noch weiter erleichtern. Sie läßt daher für die Benutzung von Sonderzügen bei kleineren Gesellschaften eine wesentlich günstigere Gestaltung der bisher gültigen Tarifbestimmungen eintreten. Sowohl die Mindestzahl der zu fahrenden Fahrkarten, als auch der für die Benutzung von Sonderzügen an die Reichsbahn zu zahlende Mindestbetrag werden erheblich ermäßigt. Die entsprechenden Befanntmachungen der Reichsbahndirektion werden in Kürze erfolgen. In Ausnahmefällen soll nach den neuen Bestimmungen sogar die Benutzung von Sonntagrückfahrkarten zugelassen werden. Im allgemeinen wird in Zukunft bereits die Annahme von 70 Fahrkarten 2. Klasse, 100 Fahrkarten 3. Klasse oder 150 Fahrkarten 4. Klasse für die Stellung eines Sonderzuges genügen. Falls der bestellte Sonderzug innerhalb von 24 Stunden hin und zurück fährt sind sogar nur 45 Fahrkarten 2. Klasse, 70 Fahrkarten 3. Klasse oder 100 Fahrkarten 4. Klasse von den Veranstaltern der Fahrt abzunehmen, während früher die entsprechenden Mindestzahlen 80 Fahrkarten 2. Klasse, 120 Fahrkarten 3. Klasse oder 180 Fahrkarten 4. Klasse betragen. Der für die Benutzung eines Sonderzuges zu zahlende Mindestbetrag ist um 50%, und zwar von 150 Mark auf 100 Mark herabgesetzt worden. Für 100 Mark kann sich also jeder Eisenbahnbenutzer einen ganzen Sonderzug leisten.

In diesem Zusammenhang sei noch darauf hingewiesen, daß kleinere Gesellschaften von 20 Personen ab, schon bei Mindestentfernungen von 40 km, eine Fahrpreisermäßigung von 25% in Anspruch nehmen können.

Fahrtartenverlauf im Zug

Seit dem 1. April werden die Sondergebühren für den Fahrtartenverlauf in den Zügen und für nachträgliche Einziehung von Fahrgebern nicht mehr erhoben. Vom gleichen Zeitpunkt an dürfen das Zugbegleitpersonal und die Zugkontrollen Fahrkarten nur an solche Reisende abgeben, die erstens auf einer Anschlagstation wegen Verspätung des benutzten Zuges oder wegen kurzer Übergangszeit eine Fahrkarte zur Weiterfahrt nicht haben lösen können, zweitens in demselben Zuge über die Station, bis zu der ihre Fahrkarte gilt, hinausfahren wollen, dort aber keine Zeit zur Lösung einer neuen Fahrkarte haben, drittens in einem auf der Reimittungssituation ihrer Fahrkarte nicht haltenden Zug über diese hinausfahren wollen; viertens in eine höhere Wagenklasse übergehen wollen; fünftens eine Zugattung mit höheren Fahrpreisen benutzen; sechstens wegen Schalter-schlusses eine Fahrkarte nicht haben lösen können, und einen roten Nachfahrausweis vorzeigen. Voraussetzung ist, daß die Reisenden sich beim Schaffer unaufgefordert zur Nachzahlung des Fahrgebühres melden.

Wann fallen die Schranken beim Grenzverkehr?

Nachdem die internationalen Beziehungen zwischen den Ländern sich im Laufe der letzten Jahre wieder freundschaftlicher gestaltet haben, hat auch der Reiseverkehr einen wechselseitigen Austausch zwischen den Ländern gebracht. Von jeher bestand zwischen den deutschen Verkehrsverbänden und denen des Auslandes eine gute Zusammenarbeit. Gerade von diesen Organisationen werden alle Bestrebungen begrüßt, die auf eine Verständigung zwischen den Ländern hinführen. Trotzdem ist es bis heute noch nicht gelungen, die großen Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die seit dem Kriege durch den Paß- und Wismutzwang entstanden sind. Immer wieder bemüht sich die maßgebenden Behörden darum, die ersetzten Erleichterungen herbeizuführen. Besonders die deutschen Erholungsgebiete an der Grenze haben unter dem bestehenden Zwang zu leiden. Auch der Badische Verkehrsverband wurde wiederholt wegen der Festsitzung der Paßschwierigkeiten vorstellig. Vielleicht führt die rasche Entwicklung des modernen Reiseverkehrs doch noch in absehbarer Zeit dahin, daß alle Hindernisse fallen, die heute noch den Übertritt von einem Land ins andere an der Grenze erschweren. Vom verkehrspolitischen Standpunkt aus betrachtet, läßt es sich heute nicht mehr rechtfertigen, daß nachdem in den großen Fragen der Außenpolitik zwischen den Nationen zum großen Teile eine Verständigung erzielt wurde, die Entwicklung des Wirtschaftslebens durch solche Hemmnisse gehindert wird.

Genossenschaftstagen

Der Verband badischer landwirtschaftlicher Genossenschaften, die Bad. Landwirtschaftsbank, der Bad. Molkereiverband, alle in Karlsruhe halten ihre Verbandstage und Generalversammlungen in diesem Jahre am Freitag, den 13. Mai und Samstag, den 14. Mai im Kongressgebäude in Konstanz am Bodensee ab. Da die genannten Organisationen etwa 1450 Genossenschaften, Vereine und Lagerhäuser zu ihren Mitgliedern zählen, dürfte mit einem starken Besuch gerechnet werden.

Tagungen

D3. Weingarten (Amt Durlach), 11. April. Der hiesige Gewerbeverein feierte gestern in Anwesenheit von Vertretern der Regierung, der Handwerkskammer und der Handwerkerorganisationen sein 30-jähriges Bestehen. Eine aus diesem Anlaß veranstaltete Gewerbe- und Industrieausstellung gibt ein anschauliches Bild von der Regelmäßigkeit und Tüchtigkeit der Meister am Platze. Im Zeichen des Jubiläums stand auch der sehr gut besuchte Gantag des Gauces Mittelbades des Landesverbandes badischer Gewerbe- und Handwerkerorganisationen. Präsident Burkhardt, Heidelberg, sprach über die sozialen Einrichtungen des Verbandes, Direktor Endres von der Handwerkskammer Karlsruhe über das Thema „Das Handwerk und die Gesetzgebung“. Er erinnerte daran, daß in Deutschland 48 Steuergebote bestehen, forderte ein Reichsgewerbegesetz und Anwendung der Reichsverbandsordnung auch in Baden. Das Arbeitszeitgesetz bringe neue Belastungen; die Wohnungsnotstandswirtschaft habe sich wie auch das Arbeitsbeschaffungsprogramm als ein Fehlschlag erwiesen. — Eine Entschließung im Sinne des Referats fand einstimmige Annahme. — Die nächste Gaustagung findet in Durlach statt.

Delegiertentagung der Badischen Obstzüchter. Am Samstag und Sonntag hielten die Delegierten der Badischen Obstbauvereine in Heidelberg eine Tagung ab.

Lohnbewegungen in Baden

D3. Karlsruhe, 11. April. Der Landesverband der Badischen Hotelindustrie und der Badische Gastwirtschaftsverband kündigen auf 1. Mai das tarifliche Mantelabkommen für Baden. Wie der Zentralverband der Hotels, Restaurants- und Caféangestellten mitteilt, verlangen die Arbeitgeber eine 16-stündige Arbeitszeit im Tage. Außerdem sollen alle Vergütungen, Urlaubsgelder aus dem Bedienungsgeld bezahlt werden.

D3. Mannheim, 10. April. Der von den Unparteiischen am 17. März gefällte Schiedsspruch, wonach eine Erhöhung der Schreinerlöhne um 8 v. H. einzutreten habe, wurde vom Arbeitgeberverband abgelehnt. Die Schiedskommission hat daraufhin das Reichsarbeitsministerium angerufen, welches den Schiedsspruch für verbindlich erklärte, so daß der Spitzenlohn in der Herrenmaßschneiderei in Mannheim vom 20. März d. J. ab 99 Pfennig die Stunde beträgt.

Gemeinde-Rundschaue

Veranstaltungen in Mannheim. Auch die Stadt Mannheim hat für dieses Jahr ein umfangreiches Programm an Veranstaltungen aufgestellt, die geeignet sind, den Fremdenverkehr zu beleben. Am 29. April findet im Kasino eine Ausstellung von Erfindungen und Neuheiten statt, der vom 1. bis 5. Mai eine Möbelausstellung im Hofgarten anläßlich der Verbandstagung der badischen Schreinermeister folgt. Der Mannheimer Markt vom 1. bis 5. Mai und die Mannheimer Frühjahrssperberrennen vom 1. bis 8. Mai bilden seit Jahren einen Hauptziehungspunkt. An größeren Tagungen sind vorgesehen: Die Reichstagung und Jahresversammlung der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft vom 7. bis 9. Mai, die Hauptversammlung des Vereines Deutscher Ingenieure vom 27. bis 30. Mai, sowie die Hauptversammlung des Landesvereines „Badische Heimat“ vom 18. bis 20. Juni und die Haupttagung des Deutschen Werkbundes vom 14. bis 16. Juli. Vom 12. bis 20. Juni bildet die „Frankisch-Pfälzische Woche“ einen Mittelpunkt in den Förderungsbemühungen der Heimatidee. Kraufführungen Festlosgeserte und ein Kurpfalzfest des Mannheimer Altersvereines werden dieser Veranstaltung ein wirksames Relief verleihen.

Die Gemeindevahlen in Hornberg wurden durch den Bezirksrat Wolfach infolge Einspruchs der bürgerlichen Parteien für ungültig erklärt. Auf Beschwerde der Sozialdemokratischen Partei hat das Ministerium des Innern die Entscheidung des Bezirksrats aufgehoben und die Wahl als gültig anerkannt. Daraufhin wurde von bürgerlicher Seite der Verwaltungsgerichtshof aufgerufen, der seinerseits als letzte Instanz die Gemeindevahlen für ungültig erklärte.

Gasversorgung von Oberkirch. In der letzten Gemeinderats-sitzung wurde über die einleitenden Verhandlungen bezüglich der Anlage einer Ferngasleitung von Offenburg Aufschluß erteilt. Die Anlage soll voraussichtlich durch eine leistungsfähige Privatfirma ausgeführt werden.

Neubau eines Gesellschaftshauses in Bad Dürkheim. Der Kur- und Verkehrsverein Bad Dürkheim nahm in seiner Generalversammlung einstimmig das Projekt der Erbauung eines Gesellschaftshauses mit Festhalle an. Da von den Gesamtkosten von 240 000 M. bereits 110 000 M. vorhanden sind, dürften die restlichen 130 000 M. ohne Schwierigkeiten aufzubringen sein. Geplant ist für dieses Jahr auch die Erstellung eines neuen Sonnenbades, nachdem im vergangenen Jahr der Kurpark mit einem Aufwand von 40 000 M. hergerichtet wurde. Weiter will Dürkheim sich, da das Randbahnprojekt aufgegeben ist, bemühen, eine schnellere Verbindung mit Württemberg durch eine elektrische Straßenbahn oder regelmäßigen Autoverkehr nach Schwemningen zu erreichen.

Die Handelskammer Freiburg i. Br. zu Bahnfragen. In ihrer letzten Vollversammlung hat die Handelskammer Freiburg sich auch mit der Weiterführung der Elztalbahn beschäftigt. Unter Hinweis auf das Entgegenkommen, das Württemberg in Eisenbahnfragen gefunden hat, hält man ein entsprechendes Entgegenkommen auch Baden gegenüber unbedingt am Platze. Als Ausgleich käme vor allen Dingen die Fortsetzung der Elztalbahn ins Ansgital in Betracht, zumal man befürchtet, daß die verbesserte württembergische Strecke auch eine schwere Gefährdung des Fremdenverkehrs für Baden mit sich bringen werde. In einer Entschließung spricht daher die Handelskammer die Hoffnung aus, daß der Verbesserung der Ost-West-Verbindung durch das Elztal bei maßgebenden Stellen mehr Aufmerksamkeit zugewendet wird als bisher. Ebenso erklärte sich die Vollversammlung der Handelskammer für die Fortsetzung der Bahn Titisee-Seebrugg nach St. Blasien mit dem Weiterbau durch das Albtal nach Waldshut.

Die Stadt Freiburg und der Lebensbedürfnisverein. Der Stadtrat Freiburg i. Br. hat sich mit den Vorwürfen beschäftigt, die in einem Teil der Presse und in der Öffentlichkeit gegen ihn, wegen des Anschlusses der Stadt Freiburg an den Lebensbedürfnis- und Produktivverein erhoben worden sind, und stellt fest, daß der Stadtrat den Beitritt nicht als einen Schritt grundsätzlicher Stellungnahme zwischen Genossenschaftswesen oder freier Wirtschaft betrachtet und diesem Schritt eine besondere praktische Bedeutung nicht zugemessen habe. Der Mitgliedsbeitrag der Stadt beträgt 30 M., wogu eine Gattsumme von ebenfalls 30 M. hinzutritt. Darlehen oder sonstige finanzielle Vergünstigungen sei dem Verein von der Stadt weder in der Vergangenheit gewährt worden, noch für die Zukunft in Aussicht genommen.

Aus der Landeshauptstadt

Besichtigung der Hygiene-Ausstellung durch Landtagsabgeordnete. Am Donnerstag, den 7. d. Mts., besuchte eine Anzahl von Landtagsabgeordneten die Hygiene-Ausstellung. Sie wurden von Dr. A. Fischer geführt, welcher auf die vielen lehrreichen und wirkungsvollen Ausstellungsgegenstände hinwies, betonte aber, daß gerade diese Ausstellung zeige, wie notwendig es ist, ein Badisches Hygiene-Museum, das die kultur-hygienischen Gebiete und die Badischen Besonderheiten zum Ausdruck bringt, zu schaffen. Die Badische Gesellschaft für soziale Hygiene werde mit Wünschen betr. Geldbewilligung für das geplante Museum an den Landtag wohl erst da herantreten, wenn das Wirtschaftsleben im Lande sich gebessert hat. Aber es sei doch wünschenswert, daß die Abgeordneten bei Betrachtung der Ausstellungsgegenstände den Wuseumplan und vor allem die vielen anderen gesundheitspolitischen Fragen, die Dr. Fischer bei der Führung beleuchtete, vor Augen hätten. Am Schluß dankte Abg. Kläber im Namen aller anwesenden Abgeordneten für die vorzügliche Führung und versicherte, daß die Abgeordneten hygienische Wünsche, die an den Landtag gerichtet werden, zu würdigen wissen werden.

Auszeichnung. Der Senat der Technischen Hochschule Karlsruhe hat auf einstimmigen Antrag der Abteilungen für Mathematik und allgemein bildenden Fächer und für Maschinenwesen Herrn Generaldirektor Dr. Ing. E. h. Albert Böglers in Dortmund in Anerkennung seiner bahnbrechenden Verdienste um die technisch-wissenschaftliche Entwicklung und wirtschaftliche Gestaltung des Eisenhüttenwesens sowie um die Förderung der Ingenieurusbildung die Würde eines Ehrensenators verliehen.

Der 22. deutsche Geographentag in Karlsruhe. Wie bekannt, findet in der Zeit vom 5.—10. Juni d. J. der 22. Deutsche Geographentag statt. Es ist außerordentlich erfreulich, daß es gelungen ist, diese wichtige Tagung in die badische Landeshauptstadt zu verlegen. Gegen 1000 Gäste, darunter namhafte Gelehrte aus allen Teilen Deutschlands, werden erwartet. Da die Hotels und Gasthöfe nicht genügen, alle Kongreßbesucher zu beherbergen, verweisen wir auf die in unserer heutigen Nummer erscheinende Bitte des Karlsruher Verkehrsvereines, worin die Bevölkerung ersucht wird, Privatzimmer zur Verfügung zu stellen. Es wäre zu begrüßen, daß diesem Aufruf weitgehendst entsprochen wird, damit auch in Zukunft solche Tagungen, die für alle Bevölkerungsschichten in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht von großem Interesse sind, ein günstiges Echo finden werden. Den Kongreß wird eine topographische und kartographische Ausstellung in der städt. Ausstellungshalle bis zum 19. Juni umrahmen.

Innenkolonisation. Wie Notwendig die Innenkolonisation ist, erweist man aus folgenden Beispielen: Aus Malsch bei Ettlingen, ein Ort von 5 000 Einwohnern, sind seit Kriegs-ende ungefähr 220 Personen ausgewandert, das sind ca. 4,5% der Einwohner. Ähnliche Verhältnisse bestehen in einer ganzen Reihe badischer Gemeinden. Nach der Statistik kamen z. B. in Baden auf 100 000 Einwohner im Jahre 1925 202 Auswanderer, eine Zahl, die weit über dem Reichsdurchschnitt von 97 liegt.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Die aus Nordwesten von der Küste des nördlichen Tiefdruckgebietes eingetrossene Kaltluft hat gestern noch zu Niederschlägen geführt, die im Gebirge meist als Schneesfien. Strichweise wurde auch leichter Hagel beobachtet. Das im Westen über den Ocean liegende Hochdruckgebiet bringt jetzt gegen den europäischen Kontinent vor. Damit erscheint der Übergang von der bisherigen zyclonalen Witterung zu einer mehrtagigen antizyklonalen Schönwetterperiode gesichert. — Voraussichtl. Witterung für Mittwoch: Noch zeitweilig wolkig und vereinzelt Regenschauer, zunächst noch kühl, später langsame Erwärmung, allmählich Besserung mit Aussicht auf längeren Bestand.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Bruchsal, 12. April. Gestern Abend gegen 9 Uhr wurde der ledige 22 Jahre alte Schlosser Franz Burgardt in der Schwimmbadstraße von seinem 19 Jahre alten Bruder Anton Burgardt mit einem Bronning erschossen. Der Täter stellte sich sofort der Gendarmen. Die Ursache der Mordtat dürfte in Familienstreitigkeiten zu suchen sein.

D3. Freiburg i. Br., 11. April. Der als Nachfolger von Prof. Dr. Opiß von Düsseldorf hierherberufene Ordinarius für Gynäkologie und Geburtshilfe, Prof. Dr. Pantow, hat die Leitung der Universitäts-Frauenklinik am 1. April übernommen.

D3. Altenburg (Amt Waldshut), 11. April. Dstige Schiffe haben der Sturm am vergangenen Donnerstag im Gemeinwald angerichtet. Der größte Teil des Waldbestandes, ca. 3—4000 Festmeter, liegen entwurzelt und in einem wüsten Durcheinander am Boden. Der Schaden betrifft die Gemeinde um so schwerer, da ihr Hauptertragnis aus dem Walde fließt.

Verschiedenes

Von Ocean-Luftschiff „L. 3. 127“.

Von dem Bau des Ocean-Luftschiffes „L. 3. 127“ wird, wie aus Lindau berichtet, bekannt, daß in den Konstruktionsbüros nunmehr die letzten Einzelheiten für die riesige Führer- und Passagiergondel festgelegt worden sind. Statt der ursprünglich geplanten Trennung zwischen Führerlabine und Passagiergondel wird eine vordere Gondel von ganz ungewöhnlichen Ausmaßen erbaut, die mit etwa 30 Meter Länge und 5 1/2 Meter Breite und 12 Meter Länge ist als die des L. 3. und einen normalen D-Zugsmagen um die Hälfte der Länge übertrifft. An der Spitze der Gondel befindet sich der Steuerbaum. Die Küche wird elektrisch eingerichtet sein. Der Speisesaal, der 5 1/2 Meter im Quadrat ist, soll mit allem Komfort ausgestattet werden und die Wohn- und Schlafablagen werden 40 Passagieren bequemen Aufenthalt bieten können. Auch die Offiziers- und Mannschafstakabine, die im Innern des Rumpfes zu beiden Seiten des großen Langlaufes angebracht werden, sind tadellos ausgestattet. Die Beladung des L. 3. 127 wird in erster Linie aus der Mannschaf des L. 3. 127 bestehen.

Mannheim, 10. April. Einer Bekanntmachung der Handelskammer Mannheim zufolge, ist der Konkurs der Theater-Gesellschaft m. b. H., „Apollo“, in Mannheim mangels Masse abgelehnt bzw. eingestellt worden.

W. B. Basel, 11. April. In Basel starb nach langer Krankheit im Alter von 78 Jahren der frühere Direktor des Basler Stadttheaters, Leo Melik. Er stammt aus Halle, wo er am 5. Januar 1855 geboren wurde. Seine Laufbahn begann er am Frankfurter Stadttheater und kam später nach Basel. Seit 1919 hatte er sich in den Ruhestand begeben.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	12. April		11. April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.56	169.98	168.57	168.99
Kopenhagen 100 Kr.	112.42	112.70	112.41	112.69
Italien . . . 100 L.	20.50	20.56	20.32	20.32
London . . . 1 Pf.	20.461	20.513	20.463	20.515
New York . . . 1 D.	4.2140	4.2240	4.214	4.224
Paris . . . 100 Fr.	16.50	16.54	16.505	16.545
Schwiz . . . 100 Fr.	81.06	81.25	81.04	81.24
Wien . . . Schilling	59.25	59.40	59.26	59.40
Prag 100 Kr. 100	12.474	12.514	12.474	12.514

Staatsanzeiger

Betrieb eines Totalisators bei den Mannheimer Pferderennen.

Dem Badischen Rennverein in Mannheim ist die Erlaubnis zum Betrieb eines Totalisators bei den am 1., 3. und 6. Mai 1927, sowie am 11., 14. und 18. September 1927 in Mannheim stattfindenden Pferderennen erteilt worden.

Karlsruhe, den 7. April 1927.
Der Minister des Innern
J. B. Föhrenbach

Zur Aufnahme des Anschlusses vom Personenzug 940 von Heidelberg, Appenweier an 10.30 nachm., verkehrt der Personenzug 688 nach Hehl seit 10. April später: Appenweier ab 10.35, Beigelsdorf 10.43, Roß 10.49, Hehl an 10.56 nachm.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurufsetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Zum Gendarmeriekommissär Gendarmerieoberwachmeister Friedrich Kubin in Waldbrunn, Amt Duden.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Bekannt:

Die Wahl des Professors Dr. Ernst Baker in Offenburg zum außerordentlichen Mitglied und die Wahl des Bibliothekars an der Bücherei Landesbibliothek Dr. Karl Stenzel in Stuttgart und des Professors an der Humboldt-Hochschule Dr. Karl Hofmann in Karlsruhe zu korrespondierenden Mitgliedern der Badischen Historischen Kommission.

Ernannt:

Der Direktor des General-Landesarchivs a. D. Geheimrat Dr. Karl Ober in Karlsruhe und der ordentliche Professor der Staatswissenschaften an der Universität Heidelberg Dr. Karl Brinkmann zu ordentlichen Mitgliedern der Badischen Historischen Kommission.

Ministerium der Finanzen

Wasser- und Straßenbaudirektion

Bekannt:

Baurat Karl Feldmann in Forbach zur Wasser- und Straßenbaudirektion in Karlsruhe, Obergeometer Hermann Weller in Engen zum Vermessungsamt Heidelberg unter Jurid. nahmne jener Versetzung nach Radeolfszell, Geometer Otto Waldenpohl in Engen zum Vermessungsamt Radeolfszell, Geometer Emil Schweinfurth beim Katastergeometer I in Laubersbichsheim zum Vermessungsamt Laub, Vermessungssekretär Wilhelm Hauger in Wertheim zum Katastergeometer I in Laubersbichsheim.

Am
Ostersamstag
den 16. April 1927
bleiben unsere sämtlichen Geschäftsräume
geschlossen.

Reichsbankstelle
Badische Bank
Badische Girozentrale
Baer & Elend
Darmstädter & Nationalbank Filiale Karlsruhe
Ignaz Ellern
Veit L. Homburger

Rheinische Creditbank
Filiale Karlsruhe und deren Depositenkassen
Strauß & Co.
Süddeutsche Discontogesellschaft A.-G. Fil. Karlsruhe und deren Depositenkasse
Vereinsbank Karlsruhe e. G. m. b. H.

Geschwister Baer
Waldstraße 37
Telephon 579
empfehlen
ein reich sortiertes Lager in
seidenen Strümpfen
Waschseide von Mk. 2.90 in allen
Modifarben

Badische Bank.
Wir machen hiermit bekannt, daß die Herren Finanzminister Dr. iur. Joseph Schmitt, Karlsruhe, Dr. h. c. Graf Robert Douglas, Schloß Langenstein, in den Aufsichtsrat gewählt worden sind; Herr Oekonomierat Dr. Karl Müller, Karlsruhe, ist aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden.
Mannheim, den 11. April 1927. 302
Der Vorstand.

**Maschinenfabrik Grigner Aktien-Gesellschaft
Durlach.**
Die Herren Aktionäre werden hiermit zur
41. ordentl. Generalversammlung
eingeladen, welche am
**Donnerstag, den 5. Mai 1927,
vormittags 11 Uhr,**
zu Durlach in den Geschäftsräumen der Gesellschaft stattfinden wird.

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1926.
2. Bericht des Aufsichtsrates.
3. Beschlußfassung über Genehmigung des Rechnungsabschlusses und Verteilung des Gewinnes.
4. Beschlußfassung über Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
5. Wahl zum Aufsichtsrat.
Der Aufsichtsrat bezeichnet als diejenigen Stellen, bei welchen die Aktien oder die über die Hinterlegung ausgestellten notariellen Bescheinigungen zur Teilnahme an der Generalversammlung, und zwar bis spätestens am Montag, den 2. Mai 1927, abends 6 Uhr, zu hinterlegen sind:
in Durlach: die Geschäftsstelle,
in Karlsruhe: das Bankhaus Veit L. Homburger und die Rheinische Creditbank, Filiale Karlsruhe,
in Frankfurt a. M.: die Deutsche Bank, Filiale Frankfurt a. M.
in Berlin: die Direction der Discontogesellschaft mit ihren sämtlichen Filialen, die Darmstädter und Nationalbank mit ihren sämtlichen Filialen und die Bank des Berliner Kassen-Vereins.
Durlach, den 9. April 1927. 299
Der Aufsichtsrat der Maschinenfabrik Grigner Aktien-Gesellschaft.
Robt. Nicolai, Direktor der Rheinischen Creditbank, Filiale Karlsruhe, Vorsitzender.

Bekämpfung der Maul- und Klauenpest.
Nachdem die Maul- und Klauenpest unter dem Viehbestand des Städt. Schlachthofes in Durlach erloschen ist, werden die unterm 8. März 1927 getroffenen Schutzmaßnahmen hiermit aufgehoben.
Karlsruhe, den 9. April 1927. 292
Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Lebensbedürfnisverein
KARLSRUHE
E. G. M. B. H.

Unsere modern eingerichtete
Großbäckerei und Konditorei

empfehlen wir unseren Mitgliedern besonders zur Deckung ihres Bedarfes für die bevorstehenden Feiertage

Auf vorherige Bestellung werden angefertigt:
Moccartorten, Punschorten, Trüffelorten, Vanilleorten, Haselnußorten, Schokoladorten, Merinfantorten, Sahnetorten, Sandtorten und Ringtorten, gefüllte Kränze, Kugeln, Lebkuchen usw., Gengelhuß, Kränze und Gireufläden in verschiedenen Größen, mürbe Breheln von Mk. —.30 bis Mk. 3.—, Buttertuchen von Mk. —.60 bis Mk. 2.40, sowie mürbe Hasen von Mk. —.30 bis Mk. 1.80

Punsch-, Mokka-, Schokolade-, Haselnuß-, Bohnen-, Tiger- und Giraffenörtchen zu 25 Pfg.
Schillerlöden und Mohnköpfe

In unseren Verkaufsstellen sind vorrätig:
Alle Sorten Groß- und Kleindrot, Wecken und Milchbrot, Hörnchen, Berches, Galzungen und Galzwecken, Schmecken und gefüllte Hörnchen, Matronentörtchen und Matronenfiggen, Butter-Gl., Butter-Gebäck, Nests, Kofomatronen sowie Osterhasen

Bekanntmachung.
Bei der Stadtgemeinde Hornberg, Schwarzwaldbahn, ist sofort eine planmäßige
Polizeidienerstelle
in Gruppe III zu besetzen.
Bewerber, welche die Polizeischule mit Erfolg besucht oder die vom Ministerium des Innern festgesetzte Mindestdienstzeit in der staatlichen Ordnungspolizei oder Gendarmerie zurückgelegt haben, wollen ihre Gesuche unter Anschließ des selbstgeschriebenen Lebenslaufes und von Dienstzeugnissen, sowie eines Lichtbildes bis spätestens **20. April d. J.** anher einreichen. Bohnung ist nicht vorhanden. 298
Hornberg, den 8. April 1927.
Der Bürgermeister.
Kölmel.

Beim Grundbuchamt ist die Stelle eines
Getretariatsbeamten
sofort zu besetzen. Anstellung erfolgt in Besoldungsgruppe 8. Bewerber aus der Zahl der jüngeren Justizbeamten mit Mittelschulbildung, welche die Prüfung für den mittleren Justizdienst bestanden haben, wollen ihre Gesuche mit Lebenslauf und Zeugnissen alsbald einreichen. 295
Heidelberg, den 8. April 1927.
Grundbuchamt.

Detektiv-Institut
u. Privat-
Rückkunft
"Mannheim"
O. 6. 6
Plancken
Hauptstadt 33305
A. Maier & Co., G. m. b. H.

Kreuzhaden
mit Stiel liefert zu konkurrenzlos billigem Preise jede Partie sof. ab Lager.
Rhein. Holzvertriebsgesellschaft
m. b. H. Mannheim
Telephon 81774.

Korbmöbel
"Korredas" ab
Fabrik an jedem
Günstigen Preise,
bequemlich
Vert. Sie Katalog,
Korbmöbel
Lorch (Württemberg)

Les Bücher
Wissen ist Macht!

Detektiv
u. Privat-
Rückkunft
"Mannheim"
O. 6. 6
Plancken
Hauptstadt 33305
A. Maier & Co., G. m. b. H.

Kreuzhaden
mit Stiel liefert zu konkurrenzlos billigem Preise jede Partie sof. ab Lager.
Rhein. Holzvertriebsgesellschaft
m. b. H. Mannheim
Telephon 81774.

den 25. April, vorm. 10 Uhr, bei uns einzureichen, wo die Eröffnung der Angebote stattfindet. Zuschlagsfrist 14 Tage. 305
Wertheim, 11. April 1927.
Bezirks-Bauamt.

Rechtsregister.
Ettlingen. 297
Zum Rechtsregister wurde heute unter D.-Z. 39 eingetragen: Musikverein „Edelweiß“ Pfaffenrot in Pfaffenrot. Ettlingen, d. 4. 27. Amtsgericht.
Offenburg. 297
Rechtsregistereintrag Band I D.-Z. 74: Caritas - Verband Schutterwald. Offenburg, 5. 4. 27. Bad. Amtsgericht 2.

Madellangmug- u. Papierholzverkauf.
Das staatliche Forstamt Billingen (Baden) verkauft freihändig rund 1770 Hm. Madellangmugholz aller Klassen in 19 Bosen und 339 Ster eintrindetes Papierholz (meist Fichten) in einem Los zu den allgemeinen Bedingungen für Holzverkäufe aus den bad. Staatswaldungen. 294
Angebote in Prospekt der bad. Holzmarktgrundpreise wollen bis spätestens Donnerstag, 21. 4. 1927, abends 1/6 Uhr, beim Forstamt eingereicht werden.
Losverzeichnis kostenlos durchs Forstamt.
Pflasterarbeiten 400 m² Neupflaster, 100 m² Umpflasterung im Bahnhof Baden-Baden öffentlich zu vergeben. Pläne und Bedingungen auf meinem Büro im Aufnahmehaus Karlsruhe, Personenbahnhof, zur Einsicht; dort auch Abgabe der Angebotsdrucke gegen 0.50 RM. so angeborrat. Angebote mit Aufschrift, verschlossen, postfrei bis längstens 22. April d. J., 10 Uhr vorm., bei mir einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Karlsruhe, den 9. 4. 27.
Vorstand der Bahnbauinspekt. II Karlsruhe. 291

Aufent!
Zu dem am 5.—10. Juni (Pfingsten) ds. J. stattfindenden XXII. Deutschen Geographentag werden etwa 1000 auswärtige Gäste hier erwartet. Da die Hotels und Gasthöfe nicht imstande sein werden, alle Kongreßbesucher zu beherbergen, richten wir an die verehr. Einwohnerschaft die höf. Bitte, gute Privatzimmer in möglichst großer Anzahl gegen entsprechende Vergütung zur Verfügung zu stellen.
Anmeldungen wollen alsbald d. wiedereröffneten Zimmernachweisbüro des Verkehrsvereins im Rathaus, Zimmer 17 zu ebener Erde, von 9—12 Uhr vormittags und 3—6 Uhr nachmittags, übermitteln werden.
Verkehrsverein Karlsruhe e. V.

Bürgerl. Rechtspflege
Eireitige Gerichtsbarkeit.
R. 304. Rosbach. Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen in dem Konkursverfahren über das Vermögen der Bad. Obfiverwertung e. G. m. b. H. in Rosbach wird bestimmt auf:
Freitag, den 29. April 1927, vormittags 9 Uhr, in das Amtsgericht Rosbach, Zimmer Nr. 23.
Rosbach, 9. April 1927.
Bad. Amtsgericht.

Papierholz-Freihandverkauf.
Bad. Forstamt Furtwangen verkauft freihändig aus den Staatswaldungen:
bei Martinskapelle 180 Ster
"Gutenbach" 160 "
"Dreistegen" 100 "
eintrindetes Fichten-Papierholz in 3 Losen.
Gebote bis 27. April, nachmittags 4 Uhr, an das Forstamt.
R. 301
Losverzeichnis und Aufkunft durch das Forstamt.
Bauarbeiten - Vergebung.
Die für die staatl. Neubauten in Laubersbichsheim erforderlichen Maler- u. Tapezierarbeiten sind zu vergeben. Die Angebote liegen bei uns auf und außerdem Dienstag, den 19. April in unserm Baubüro Laubersbichsheim, Bahnhofstr. Angebote sind verschlossen mit entspr. Aufschrift versehen portofrei bis Montag,

Badisches Landesstheater
Mittwoch, 13. April 1927
*A 22 Th.-Gem. 301—500
Thomas Baine
von Hanns Jost
In Szene gesetzt von
Felix Baumbach

Baine
Stone
Adams
Howe
Orignan
Laurens
Washington
Greene
Tornay
Stabsoffizier
Louis XVI.
De Villiers
Kapitän
Joe

Dahlen
b. d. Trend
Hofbauer
Brand
Koeble
Graf
Giel
Herz
Prüter
Wodt
Stenicher
Kreiger
Brand
Göder
Rehner

Güterrechtsregister.
Lahr. 277
Güterrechtsregistereintrag Lahr Bd. III Seite 50: Johann Carl Weich III., Landwirt in Neuenweier, u. dessen Ehe-